

GERD NEUGEBAUER

## DIE SOZIALISTISCHE VEREINIGUNG (SOCIALISTICKÉ SJEDNOCENÍ) UND DIE SOZIALISTISCHE ARBEITER-INTERNATIONALE

Als sich am 21. Mai 1923 Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus 30 Ländern zum Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einfanden, von Parteien, die früher der sog. Londoner, der II<sup>1/2</sup>. Internationale oder keiner von beiden angehörten, waren auch Vertreter sozialdemokratischer Parteien der ČSR unter ihnen.<sup>1</sup> Es waren dies Vertreter der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ČSR, der Ungarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ČSR, der Polnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ČSR und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Karpathorußlands.<sup>2</sup> Die ebenfalls angereiste Delegation der Tschechoslowakischen Sozialisten (Nationalsozialisten) wurde nicht zu den Verhandlungen des Hamburger Kongresses zugelassen.<sup>3</sup>

Neben den genannten Parteien nahm an den Verhandlungen des Kongresses noch eine Gruppierung aus der ČSR teil, die sich „Sozialistische Vereinigung“ (Socialistické sjednocení) nannte. Mit deren Stellung zur SAI soll sich der folgende Beitrag beschäftigen.

Dazu ist es notwendig, kurz etwas zur Charakteristik der „Sozialistischen Vereinigung“ zu sagen.

Die „Sozialistische Vereinigung“ entstand als Bündnis der Parlamentsfraktionen der aus der sozialdemokratischen Linken stammenden Gruppe um Brodecký sowie den den tschechoslowakischen Sozialisten abge-

---

<sup>1</sup> Zur Entstehungsgeschichte der SAI siehe u. a. Braunthal, J., *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Bonn-Bad Godesberg 1974; Kowalski, W., *Zur Entstehung und zum Charakter der SAI*, BZG 1969, S. 928–948; Krivoguz, I. M., *Rabočij socialističeskij Internacional 1923–1940*, Moskau 1979; Mogiljewski, S. A., *Vostanovlenie II Internacionala 1919–1923*, Leningrad 1963; Tomicki, J., *Dzieje II międzynarodówki 1914–1923*, Warschau 1975.

<sup>2</sup> Siehe *Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille*, 22. bis 27. August 1925, V. *Die angeschlossenen Parteien*, Berlin 1925, S. 213–222.

<sup>3</sup> Siehe Bericht der Mandatsprüfungskommission, in *Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg*, 21. bis 25. Mai 1923, S. 43, Berlin 1923.

spaltenen Grupp um Vrbenský am 22. März 1923. Sie war also allgemein gesehen nur das Bündnis zweier unabhängiger politischer Gruppierungen, das über das Stadium der Bildung übergeordneter Organe über die parallelen Organisationen der unabhängigen Sozialdemokraten und der Gruppe Vrbenský nicht hinausging.

Sie kann aber trotzdem als bis dahin „größter Erfolg des zentristischen Strebens nach Vereinigung der sozialistischen Elemente außerhalb der KPC und der sozialistischen Koalitionsparteien, nach Schaffung irgendeiner „Zentrumskraft“ in der Arbeiterbewegung als natürlicher basis zum Aufbau einer breiten proletarischen Einheitsfront auf zentristischer Plattform“<sup>4</sup> gewertet werden. Um sich ein Bild über die „Sozialistische Vereinigung“ zu machen, ist es notwendig, deren beide Bestandteile zu untersuchen.

Die Gruppe Brodecký, oder die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in der CSR, bemerkte in einer Eigendarstellung, daß sie „aus der sog. marxistischen Linken entstand, die sich in der Zeit nach dem Umsturz ab dem Jahre 1918 für die Durchsetzung einer grundsätzlichen und Arbeiterpolitik in der Tschechoslowakei einsetzte“.<sup>5</sup> In der Tat ist die zentristische Richtung sehr lange integraler Bestandteil der marxistischen Linken geblieben, von einer Differenzierung kann erst ab Anfang 1921 gesprochen werden. Überhaupt kam es im Verhältnis zu anderen Staaten in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung relativ spät zur Herausbildung zentristischer Tendenzen, deren Basis relativ klein blieb. Ursache ist der besondere Weg der Bildung einer Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, der es ermöglichte, für die Grundsätze der Kommunistischen Internationale allmählich auch die Teile des politisch organisierten Proletariats zu gewinnen, die anderswo zur Basis der zentristischen Parteien und Richtungen wurden.<sup>6</sup> Die Zentristen selbst machten für ihre relative Schwäche die Kampagne der rechten und bürgerlichen Presse und den Polizeiterror gegen die Linken verantwortlich, die das Bewußtsein der Massen stärkten und so ein Haltmachen auf zentristischen Positionen verhinderten.<sup>7</sup>

Wie schon gesagt, fällt die Hauptphase des Differenzierungsprozesses zwischen revolutionärer Mehrheit und zentristischen Elementen in der marxistischen Linken erst in die ersten Monate des Jahres 1921. Als in der Diskussion über die Stellung zur KI deutlich wurde, daß die Mehrheit die Annahme der „21 Bedingungen“ befürwortet, versuchen die zentristischen Kräfte, wenigstens die ihnen verbliebenen Anhänger auf einer Position der „Mitte“ zwischen der II. und III. Internationale zu halten. Schon im Leitartikel des neu gegründeten Organs der Zentristen „Sociální demokrat“ wird am 20. Mai 1921 unter der Überschrift „Die tschechoslowakische sozialdemokratische Linke ist nicht gestorben, sie lebt weiter-

<sup>4</sup> Možná, J., *Vývoj centrismu v českém dělnickém hnutí na počátku 20. let*. In *Príspevky k dějinám KSC*, r. VII—1967, S. 742.

<sup>5</sup> *Prohlášení „Socialistické sjednocení“ v Československu*, in *Hamburský kongres*, Akademie, r. 27, č. 2, S. 68.

<sup>6</sup> Možná, J., a. a. o., S. 726.

<sup>7</sup> *Prohlášení „Socialistické sjednocení“*, a. a. O., S. 68.

hin“ als Konzept einer eigenständigen Partei als Fortsetzung der ursprünglichen sozialdemokratischen Linken verkündet.<sup>8</sup> Am 26. 5. 1921 kam es dann zur Gründung einer eigenständigen Partei,<sup>9</sup> der sich vom Zentrismus beherrschte Organisationen, vor allem aus Mladá Boleslav und aus dem Prager Gebiet anschlossen. Nach J. Možná hatte die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Linke) kaum 7 000 Mitglieder.<sup>10</sup> Auch in der Gewerkschaftsbewegung gelang es ihr nicht, Fuß zu fassen. Eine Ausnahme bildete einzig und allein die Union der Eisenbahnerangestellten, deren Generalsekretär Brodecký selbst war. Daran änderte auch ihr Engagement in der Diskussion innerhalb der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung über den möglichen Anschluß an die Rote Gewerkschafts- Internationale oder das Verbleiben in der „Amsterdamer“ Gewerkschafts- Internationale nichts.

Aus diesem Mißerfolg leiteten die führenden Zentristen eine notwendige Änderung der Taktik ab, die zur Verbreitung des Masseneinflusses und zur Konsolidierung der eigenen Partei führen sollte.

Erste Anzeichen dieses „breitern Konzepts“ zentristischer Politik zeigten sich schon in der Redaktion auf die Einheitsfrontlösung, die von der Exekutivtagung der KI im Dezember 1921 verkündet wurde. Am 13. Januar 1922 erschien der „Sociální demokrat“ mit einem großen Artikel unter dem Titel „Der Kommunismus auf dem Wege zum Zentrismus“, in dem die Schlußfolgerungen des EKKI in dem Sinne interpretiert wurden, daß mit ihnen eigentlich die Richtigkeit der Grundpostulate des Zentrismus bestätigt wurde. Gleichzeitig wurde vor der Auffassung der Kommunisten gewarnt, die die Einheitsfront vor allem als propagandistisches und taktisches Manöver sehen würden. Ein Ausweg wäre nur die Taktik des „Sozialistischen Realismus“, der ohne den Opportunismus der Rechten und den Romantismus der Kommunisten die echte Aktionseinheit der Arbeiterklasse verwirklichen könnte.<sup>11</sup>

Betrachtet man die Stellung der tschechoslowakischen Zentristen zu den Hauptströmungen in der internationalen Arbeiterbewegung, so kann man ein großes Interesse für die Probleme der USPD feststellen. So beschäftigte sich der „Sociální demokrat“ ausführlich mit der Vorbereitung des Leipziger Parteitages der USPD im Januar 1922. In einem breit angelegten Artikel wurde die ablehnende Haltung der USPD sowohl zur Rechten als auch zu den Kommunisten begrüßt.<sup>12</sup> Ähnlichkeiten ergaben sich auch in der Wertung des Einheitsfrontangebotes der KI vom Dezember 1921.

Der „Sociální demokrat“ befaßte sich auch eingehend mit der Stellung des tschechoslowakischen Zentrismus zu den bestehenden Internationalen. Dazu heißt es: „Der II. Internationale kann man nicht beitreten, da sie auf ihren Schultern die Mitschuld am Ausbruch des Weltkrieges trägt. Heute sind in ihr noch Parteien vertreten, von denen sich unsere Partei in der gesamten Betrachtung der Entwicklung der sozialistischen Ver-

<sup>8</sup> Sociální demokrat, 20. 5. 1921

<sup>9</sup> Ebenda 27. 5. 1921

<sup>10</sup> Možná, J., a. a. O. S. 727

<sup>11</sup> Ebenda, S. 737

<sup>12</sup> Sociální demokrat, 13. 1. 1922

hältnisse bedeutend unterscheidet“. Auch die KI wird abgelehnt, und das wegen der „Bedingungen, die an den Eintritt in diese Internationale geknüpft sind“. Als Ausweg bleibt also nur „die Wiener Arbeitsgemeinschaft, die in sich die Parteien vereinigt, die mit ihrem Programm unserer Partei am nächsten stehen, die die besondere Entwicklung des Sozialismus in den einzelnen Ländern respektiert und ihnen die Freiheit läßt, um zur Erfüllung ihrer sozialistischen Ziele auf den Wegen zu schreiten, die durch die inneren Verhältnisse des jeweiligen Landes bestimmt werden“. <sup>13</sup> Diese Argumentation wird von Dr. Charvat auf der Konferenz der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei (Linke) am 28. 5. 1922 aufgegriffen. In seinem Referat legt er die Nähe der Ziele der II<sup>1/2</sup>. Internationale und der der tschechoslowakischen Zentristen dar und plädiert für den Anschluß. Folgerichtig wird in der Resolution neben der Umbenennung in Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei auch die Einleitung von entsprechenden Verhandlungen durch die Exekutive der Partei zum Beitritt zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien gebilligt. <sup>14</sup>

Zum Eintritt ist es durch den beginnenden Vereinigungsprozeß der II und II<sup>1/2</sup>. Internationale, der seinen Abschluß im Hamburger Gründungskongreß der SAI im Mai 1923 fand, nicht mehr gekommen. <sup>15</sup>

Die Gruppe Vrbenský ging aus der tschechischen anarchokommunistischen Bewegung hervor. Während ein Teil dieser Bewegung unter Führung von S. K. Neuman zur marxistischen Plattform übergang und so zum Mitbegründer der KPC wurde, ging der größte Teil den Weg der Vereinigung mit den tschechischen Nationalsozialisten und gründeten die neue Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei. <sup>16</sup> Sie waren überzeugt davon, damit einen Beitrag zur Einigung der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung zu leisten, deren Haupthindernis für sie die Existenz zweier sog. sozialistischer Parteien, der Sozialdemokratie sowie der Partei der Nationalsozialisten, war. Die Möglichkeiten dazu waren im Jahre 1918 durchaus real, wie die Bildung des „Sozialistischen Rates“ beweist. Im Programm der neugegründeten Partei der tschechischen Sozialisten war u. a. die Forderung nach Bildung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates auf sozialistischer Grundlage enthalten. Zwar fand sich als Ausdruck der theoretischen Unklarheiten der anarchokommunistischen Bewegung im Programm die Losung vom „tschechischen Sozialismus“

<sup>13</sup> Sociální demokrat, 19. 5. 1922.

<sup>14</sup> Sociální demokrat, 2. 6. 1922.

Hinweise auf den beabsichtigten Beitritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in der CSR finden sich auch bei Tomicki, J., *Powstanie Socjalistycznej Międzynarodówki Robotniczej i jej stosunek do niektórych problemów Europy środkowo-wschodniej*. In „*Lad wersalski w Europie środkowej*“, Wrocław 1971, S. 108.

<sup>15</sup> W. Kowalski datiert die I. Phase des Vereinigungsprozesses von Ende Mai bis Anfang Dezember 1922, siehe Kowalski, W., *Zur Entstehung und zum Charakter der SAI*, a. a. O., S. 941.

<sup>16</sup> Zur Geschichte der Vereinigung der Anarchokommunisten mit den Nationalsozialisten und zur weiteren Entwicklung der anarchokommunistischen Gruppe um Vrbenský in der Partei der tschechischen Sozialisten siehe Wohlgemuthová, R., *Cesta anarchokomunistické skupiny B. Vrbenského ke KSC, ČSČH r. 9 1961, č. 4*, S. 495–514.

sowie das Prinzip der evolutionären Entwicklung der Gesellschaft, insgesamt waren aber sowohl gewisse theoretische als auch ideologische Voraussetzungen für eine mögliche Einigung vorhanden. „Das es nicht zur völligen Einigung kam, verschuldete jene besondere politische Erscheinungen des politischen Bürokratismus in den sozialistischen Parteien“, wie das Mitglied der anarchokommunistischen Gruppe, Dr. Bartošek, später feststellte.<sup>17</sup> Bis zu den Wahlen 1920 schien es so, daß sich in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei die Grundsätze des Programms von 1918 durchsetzen könnten. Spätestens aber nach der endgültigen Spaltung der Sozialdemokratie und dem Dezember-Generalstreik wurden auch innerhalb der tschechischen Sozialisten die Kräfte wieder laut, die eine Rückkehr zu den alten Prinzipien der Nationalsozialisten forderten. Die Kräfte um Klofač sprachen sich unter anderem für eine Rückkehr zum alten Namen sowie für eine Revision des Programms und damit für eine bedingungslose Befürwortung der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie aus. Ihren Höhepunkt fand diese Auseinandersetzung in der Diskussion über das geplante Gesetz zum Schutz der Republik Anfang 1923. Während der Parlamentsdebatte zum Gesetzentwurf trat die anarchokommunistische Gruppe um Vrbenský erstmals als formierte linke Gruppe öffentlich, außerhalb des Rahmens der Partei der tschechischen Sozialisten, auf. Ihre Änderungsvorschläge sahen vor u. a. die Abschaffung der Todesstrafe, die Beseitigung des besonderen Schutzes der Kirche sowie die Änderung aller Paragraphen, die gegen die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf für wirtschaftliche und politische Interessen benutzt werden könnten. Der öffentliche Auftritt Bartošeks als parlamentarischer Sprecher dieser Gruppe hatte sofort den Ausschluß dieser Parlamentarier aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei zur Folge. Dieser wurde am 19. 3. 1923 definitiv beschlossen.

Während der gesamten Diskussion über das Gesetz zum Schutz der Republik zeigten sich gewisse Gemeinsamkeiten im Standpunkt, der von der Gruppe Vrbenský vertreten wurde, mit dem der Unabhängigen Sozialdemokraten. In der neu geschaffenen Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokratie, „Budoucnost“, fand sich auch sofort nach dem Ausschluß der Gruppe Vrbenský Platz für deren Erklärung. Die Gruppe Vrbenský, die sich inzwischen als Unabhängige Sozialisten mit einer eigenen Exekutive konstituiert hatten, begann daraufhin mit den Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Bald wurde auch ein gemeinsamer Aktionsausschuß gebildet. So entstand eine „von oben geschaffene künstliche Verbindung von Richtungen, die sich innerlich absolut fremd waren und in der Entwicklung entgegengesetzte Richtungen einschlugen“. Während sich die anarchokommunistische Bewegung vom Reformismus trennte und begann, sich der Kommunistischen Partei zu nähern, kehrte sich die Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokraten, die aus der marxistischen Linken kam, immer stärker auch von zentristischen

---

<sup>17</sup> Diskussionsbeitrag Bartošeks auf dem Hamburger Kongreß in der Kommission zum 2. Tagesordnungspunkt „Kampf gegen die internationale Reaktion“. In *Hamburský kongres*, a. a. O. S. 113.

Positionen ab und bewegte sich immer mehr auf die neuerliche Verbindung mit der Sozialdemokratie hin.<sup>18</sup>

Der neu konstituierte „Klub der Sozialistischen Vereinigung“ wählte B. Vrbenský zu seinem Vorsitzenden, V. Charvat zum Verhandler<sup>19</sup> und schuf als gemeinsames Presseorgan ab 1. 5. 1923 die Tageszeitung „Socialista“. Obwohl durch die Verbindung mit der Gruppe Vrbenský die organisatorische Stärke der zentristischen Richtung in der Arbeiterbewegung auf mehr als 15 000 Mitglieder anwuchs, spielte sie im politischen Leben eine nur untergeordnete Rolle. Vor allem ihr zentristisches Konzept der Einheitsfront konnte nie zum Tragen gebracht werden.

Kulminationspunkt der gegenseitigen Zusammenarbeit und Annäherung zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den Unabhängigen Sozialisten war ihre gemeinsame Teilnahme am Gründungskongreß der SAI in Hamburg im Mai 1923. Die Gründung der SAI wurde von den Vertretern der „Sozialistischen Vereinigung“ als positiver Schritt zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse gewertet, zu der es in der Nachkriegszeit kam, und damit als Beweis der Richtigkeit der Linie, die unter tschechoslowakischen Bedingungen gerade von der „Sozialistischen Vereinigung“ durchgesetzt wurde.<sup>20</sup>

Der Hamburger Kongreß war für die Sozialdemokratie der ČSR durch die Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der ungarischen Sozialdemokratie auf der einen Seite und der tschechoslowakischen Sozialdemokratie auf der anderen. Neben der „Denkschrift“ der DSAP und der ungarischen Sozialdemokratie in der ČSR kursierte auf dem Kongreß noch eine „Erklärung der Sozialistischen Vereinigung der Tschechoslowakei“.<sup>21</sup>

Dieses Dokument beinhaltet neben der kurzen Darstellung der Entstehung der „Sozialistischen Vereinigung“ aus der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Gruppe Vrbenský eine scharfe Kritik der Politik der sozialistischen Koalitionsparteien, besonders der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien in der sog. „Pětka“, die auch die Gesetzes zum Schutz der Republik ermöglichte. In der „Erklärung“ wird deshalb die Bildung einer besonderen Kommission zur Untersuchung der inneren Verhältnisse der ČSR gefordert, „die entscheiden sollte, ob beide sozialistische Regierungsparteien in der Tschechoslowakei die Bedingungen erfüllen, die für eine Mitgliedschaft in der Internationale gestellt werden. Sollte diese feststellen, daß dem nicht so ist, so sollte sie Bedingungen zur Aufnahme festlegen, die in einer vom Kongreß festgelegten Zeit erfüllt werden müssen“.<sup>22</sup>

Desweiteren gab die „Erklärung“ noch auf internationale Fragen, wie die Stellung zu Sowjetrußland sowie die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen Antwort.

Zu Sowjetrußland heißt es, daß, „wen auch die Stellung der sozialisti-

<sup>18</sup> Wohl gemuthová, R., a. a. O., S. 508.

<sup>19</sup> Budoucnost, 23. 3. 1923.

<sup>20</sup> Možná, J., a. a. O., S. 742.

<sup>21</sup> Zum Wortlaut der einzelnen Dokumente siehe *Hamburský kongres*, a. a. O.

<sup>22</sup> *Prohlášení*, a. a. O., S. 71.

schen Parteien zu Rußland sonstirgendwie sei“, so sei es doch notwendig, „daß der Kongreß sich für die de jure Anerkennung heutigen Rußlands ausspricht und allen sozialistischen Kräften auferlegt, für diese Anerkennung in ihren eigenen Staaten mit aller Kraft zu arbeiten“.<sup>23</sup>

Ausgehend von der Notwendigkeit eines „einheitlichen taktischen Planes“ fordert die „Sozialistische Vereinigung“ diesen auch für national gemischte Staaten, also auch für die ČSR. Als Ursache für das bisherige Fehlen dieser taktischen Einheit werden der Versailler Frieden und die Idee der Selbstbestimmung der Nationen angesehen. Obwohl die „Sozialistische Vereinigung“ die Notwendigkeit der Revision des Versailler Friedens anerkennt, kann diese ihrer Meinung nach erst erfolgen, wenn in den einzelnen Staaten die Sozialisten über diese Revision entscheiden können. Anerkannt wird die Pariser Vereinbarung zwischen den deutschen und Entente- Sozialisten, die zur Lösung der Reparationsfrage dienen sollte. Auch die Idee der Selbstbestimmung der Nationen könne erst mit Erreichung „des Übergewichts im politischen und wirtschaftlichen Leben“ durch die Sozialisten erfolgen. Vorerst sei aber die Gewährung der völligen kulturellen Autonomie, der völligen politischen Gleichberechtigung sowie der vollen Teilnahme an der Verwaltung des Staates für alle Nationen notwendig.<sup>24</sup>

Interessant ist aber in diesem Zusammenhang die Stellung der „Sozialistischen Vereinigung“ zum Konflikt zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. In einer Entgegnung auf die „Antwort der tschechoslowakischen Sozialdemokratie“ wird nämlich konstatiert, daß die Antworten auf die Anklagen der Deutschen der Wirklichkeit entsprechen.<sup>25</sup> Das heißt, daß die Forderungen der Deutschen als nicht erfüllbar angesehen werden und man sich faktisch hinter die Nationalitätenpolitik der tschechoslowakischen Sozialdemokratie stellt.<sup>26</sup> Überhaupt wird die Forderung nach Einigung der Arbeiterbewegung bewußt nur auf die tschechischen und slowakischen Arbeiter bezogen, weniger auf die Einigung mit den anderen Nationen. Hier spiegelt sich noch immer das Vorherrschen eines gewissen tschechischen Nationalismus wieder, der schon vorher seinen Ausdruck im Anschluß der Anarchokommunisten um Vrbenský gerade an die Partei der Nationalsozialisten und in der Akzeptierung der Losung vom „tschechischen Sozialismus“ fand.

Viel deutlicher lassen diese bestimmten ideologischen Unklarheiten in einem Diskussionsbeitrag Dr. Bartošeks auf dem Hamburger Kongreß feststellen.<sup>27</sup> Er stimmte als einziger gegen die Teile der Resolution zum

<sup>23</sup> Ebenda S. 72.

<sup>24</sup> Ebenda S. 72 ff.

<sup>25</sup> *Hamburský kongres*, a. a. O., S. 101.

<sup>26</sup> K. Moudrý, ein Mitglied der auf dem Hamburger Kongreß nicht zugelassenen Partei der tschechischen Sozialisten weist in seinem Buch „*Boj o internacionálu*“ daraufhin, daß die „Sozialistische Vereinigung“ durch die Anerkennung der Richtigkeit der Antwort der tschechischen Sozialdemokraten auf die Anklagen der deutschen Sozialdemokratie bewußt den Unterschied zwischen der von ihnen und der von der deutschen Sozialdemokratie hervorgebrachten Anklage hervorheben wollte, siehe M o u d r ý, K., *Boj o internacionálu*, Praha 1923, S. 81.

<sup>27</sup> Diskussionsbeitrag B a r t o š e k, a. a. O., S. 112–117.

„Kampf gegen die internationale Reaktion“, die sich mit den Verhältnissen in Sowjetrußland beschäftigten.<sup>28</sup> Trotzdem er für die de jure-Anerkennung der Sowjetunion ist und die Staatsform als innere Angelegenheit des jeweiligen Staates betrachtet, weist er darauf hin, das er nicht mit den „Fehlern und Irrtümern der Kommunisten“ einverstanden sein kann. Er fordert von ihnen, alles zu tun, um eine Einigung mit dem Sozialismus zu erreichen, vor allem die Methoden zu lassen, die eine solche Einigung bisher verhinderten.<sup>29</sup>

Noch klarer kommen seine vorhandenen theoretischen Unklarheiten in der Theorie von der Revolution zum Ausdruck. Wenn Bartošek davon spricht, daß Revolutionen „nicht gemacht werden und nicht hineingetragen werden können“, sondern „ausbrechen“, so zeigt dies Unklarheiten über die Revolutionstheorie und ein Nichtbegreifen der Rolle der Volksmassen im geschichtlichen Prozeß.<sup>30</sup> Auch die Rolle der Partei, hier besonders der Partei der Bolschewiki, in der Revolution, wird von Bartošek unterschätzt, obwohl er insgesamt die Bedeutung der Oktoberrevolution als „neuer Epoche in der Menschheitsgeschichte“ anerkennt.<sup>31</sup> Fragwürdig ist auch seine These von der Notwendigkeit der Aufeinanderfolge von Revolution und Reaktion. Hier zeigt sich insgesamt gesehen noch immer der Einfluß anarchistischen Gedankenguts.

Vergleicht man aber insgesamt die Rede Bartošeks mit der Erklärung der „Sozialistischen Vereinigung“, so lassen sich schon bestimmte Differenzen zwischen den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialisten feststellen.

Besondere Schwierigkeiten gab es auf dem Hamburger Kongreß in der Frage der Stimmenverteilung innerhalb der Sozialdemokratie der Tschechoslowakei. Vom Organisationskomitee war festgelegt worden, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie 8 Stimmen, die deutsche Sozialdemokratie 7 Stimmen, sowie die „Sozialistische Vereinigung“ 1 Stimme im Plenum zuerkannt bekommen sollte. Da aber die tschechoslowakische Sozialdemokratie gegen die Zuerkennung einer Stimme für die „Sozialistische Vereinigung“ protestierte, diese aber die Hälfte aller tschechischen Stimmen forderte, mußte sich das Organisationskomitee nochmals mit der Frage der Stimmenverteilung beschäftigen. Da sie aber zu keinem Ergebnis kam, wurde alles beim alten belassen.<sup>32</sup>

Da die „Sozialistische Vereinigung“ entsprechend ihrer organisatorischen Stärke kein Anrecht auf eine Vertretung in der Exekutive der neugegründeten SAI hatte, schloß sie sich mit der Polnischen Unabhängigen Sozialistischen Partei und der deutschen Sozialdemokratie in Polen zu einer Parteiengruppe zusammen. Diese erhielt laut Statut die Möglichkeit, einen Vertreter in die Exekutive zu entsenden. Als Vertreter wurde

<sup>28</sup> Ebenda Anmerkung S. 115.

<sup>29</sup> Ebenda S. 115.

<sup>30</sup> Ebenda S. 115.

<sup>31</sup> Ebenda S. 116.

<sup>32</sup> Siehe Referat Adlers über die Beschlüsse des Organisationskomitees, in *Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg*, a. a. O., S. 44.

Drobner von der polnischen USP benannt, als sein Stellvertreter fungierte Vrbenský.

In seiner Eigenschaft als Vertreter Vrbenskýs nahm Dr. Bartošek an den Tagungen der Exekutive am 16.—17. Februar 1924 in Luxemburg sowie an der Tagung vom 5. bis 7. Juni 1924 in Wien teil.<sup>33</sup> Auf diesen Tagungen wurde unter anderem noch einmal die Frage der Stimmenverteilung für die Sozialdemokratie der ČSR verhandelt und in Wien folgende Verteilung beschlossen: „Tschechoslowakische SP 8, Deutsche SP 6, Ungarische SP 1, Sozialistische Vereinigung 1 Stimme“.<sup>34</sup>

Auf dem Hamburger Kongreß war die Bildung einer internationalen Kommission für die Tschechoslowakei beschlossen worden, die sich mit den Verhältnissen der Sozialdemokratie in der ČSR beschäftigen und eine Lösung der bestehenden Zwistigkeiten erreichen sollte.

Diese Kommission fand sich am 25. und 26. Oktober 1923 zu einer Tagung in Prag zusammen, die unter dem Vorsitz des belgischen Sozialdemokraten Huysmans stattfand. Neben den Repräsentanten der Internationale waren auch Vertreter der einzelnen sozialdemokratischen Parteien der ČSR anwesend, darunter auch Brodecký und Bartošek als Vertreter der „Sozialistischen Vereinigung“.<sup>35</sup>

Trotzdem die Tagung ergebnislos verlief und zu dem Schluß kam, daß vorläufig keine Einigung möglich ist, sollte vor allem die Rede Bartošeks nicht unerwähnt bleiben. Darin fordert er nicht die Schaffung einer einheitlichen Partei, sondern wenigstens die Schaffung einer Internationale in der ČSR nach dem Vorbild der SAI. Ein gemeinsamer Aktionsauschuß, der nach dem Verteilerschlüssel der SAI von den einzelnen SAI-Mitgliedsparteien der Tschechoslowakei besetzt werden sollte, hätte die Aufgabe, die gemeinsame sozialistische Politik zu koordinieren. Selbst die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung einer sozialdemokratischen Partei schloß er nicht aus, diese sollte aber dann zum „Sprecher dieser Internationale“ in der Regierung werden.<sup>36</sup>

Selbst dieser Vorschlag wurde aber wegen der nationalistischen Demagogie, von der vor allem die beiden größten sozialdemokratischen Parteien, die tschechoslowakische und die deutsche Sozialdemokratie, beherrscht wurden, nicht verwirklicht.

Die Differenzierung der beiden Teile der „Sozialistischen Vereinigung“ erreichte speziell im Jahre 1924 einen neuen Höhepunkt. Immer deutlicher wurde, daß sich die zentrischen Konzeptionen der Einheitsfront nicht durchsetzen ließen und daß innerhalb der „Sozialistischen Vereinigung“ die Führung immer mehr in die Hände der Gruppe um Vrbenský überging. Das wachsende Bewußtsein der Ausweglosigkeit der Stellung den Zentristen um Brodecký nötigte sie dazu, sich die Frage zu stellen, wie weiter.

---

<sup>33</sup> Siehe *Tätigkeitsbericht, II. Organisatorische Aufbauarbeit, 3. Das Exekutivkomitee der SAI*, In *Zweiter Konreß*, a. a. O., S. 90—92.

<sup>34</sup> Ebenda S. 78.

<sup>35</sup> Ebenda 6. Besondere Kommissionen und Konferenzen, S. 107 f. Zum Konferenzverlauf siehe die Konferenzaufzeichnungen Bartošeks, Archiv ÚML Fond 51 35/2 Blatt 47—53.

Da einer Verbindung mit der KPČ durch die vorangegangene Entwicklung genügend Hindernisse in den Weg gestellt worden waren, blieb als reale Möglichkeit nur die Verbindung mit der rechten Sozialdemokratie, die insgesamt auch der Grundtendenz der Entwicklung des Zentrismus im internationalen Maßstab entsprach.

So wurde der Parteitag der „Sozialistischen Vereinigung“ im Juni 1924, der eigentlich der Höhepunkt des Vereinigungsprozesses sein sollte, zu dessen Gegenteil. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich schon vorher nicht mit den Programmgrundsätzen, besonders mit der Frage der Diktatur des Proletariats,<sup>37</sup> einverstanden erklärt hatten, blieben dem Parteitag fern, und beschlossen auf ihrem Parteitag am 13. und 14. September 1924 die Vereinigung mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, die am 14. Oktober 1924 vollzogen wurde.<sup>38</sup>

Die übriggebliebene Gruppe Urbenský führte trotzdem am 28. und 29. Juni 1924 den geplanten Parteitag durch und konstituierte sich als Unabhängige Sozialistische Partei in der Tschechoslowakei. In ihrem Programm waren revolutionäre Ziele und der Grundsatz der Errichtung der Diktatur des Proletariats unter den oben genannten Bedingungen enthalten.<sup>39</sup> Im Abschnitt über die Stellung zur Internationale wird als Ziel die „Annäherung und Einigung aller wahrhaft sozialistischen Cruppierungen“ sowohl innerhalb des Landes als auch im Weltmaßstab genannt. Dies verlangt auch „das gemeinsame Vorgehen und die Einigung der beiden heutigen Internationalen II. und III.“<sup>40</sup>

Höchstwahrscheinlich verlangte die tschechoslowakische Sozialdemokratie nach dem Beitritt der Gruppe Brodecký den sofortigen Ausschluß der bisherigen „Sozialistischen Vereinigung“ aus der SAI, da danach keine weiteren Aktivitäten dieser Gruppierung im Rahmen der Internationale festzustellen sind. In einem Schreiben an andere sozialdemokratische Parteien weist die Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei selbst auf den Fakt hin, daß sie von der Internationale nicht mehr in deren Arbeit einbezogen wurde.<sup>41</sup>

Nach dem Weggang der Unabhängigen Sozialdemokraten entwickelte sich die Partei geradliniger in Richtung der immer engeren Aktions- und Ideeneinheit mit der KPČ. Dieser Prozeß fand seinen logischen Abschluß auf dem Parteitag vom 25. bis 27. September 1925 der die Liquidierung

<sup>36</sup> Ebenda Referat Bartošeks, Blatt 47–49.

<sup>37</sup> In den Programmgrundsätzen war erstmals von der Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats nach Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse die Rede. Auch wenn sie nur im Falle der Konterrevolution und auch nur in der Zeit der Übergangsperiode errichtet werden sollte, so rief dies doch den Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokraten hervor. Siehe Wohlhgemuthová, R., a. a. O., S. 514.

<sup>38</sup> Siehe *Zweiter Kongreß*, a. a. O., *Angeschlossene Parteien*, S. 215.

<sup>39</sup> Siehe Krechler, V., *Politické strany v předmnichovském Československu*, Praha 1967.

<sup>40</sup> Cíle a zásady politické strany Socialistické sjednocení (návrh), Ustavující sjezd – sjezd. materiály a program, Archiv ÚML Fond 51/31, Blatt 58.

<sup>41</sup> Brief vom 6. 8. 1925. In *Činnost sekretariátu – pokyny, pozvání na schůze*, Archiv ÚML Fond 51/31, Blatt 105/106.

der Partei und die Vereinigung mit der KPČ sowie den Beitritt zur Kommunistischen Internationale beschloß.<sup>42</sup>

Schon in einem Brief an die Exekutive der SAI vom 11. Juli 1925 wurde darauf verwiesen, daß die Partei „mit dem politischen Vorhangehen der Internationale, daß auf Koalitionen mit bürgerlichen und größtenteils reaktionären Parteien basiert, dagegen aber die Einigkeit des gesamten Proletariats und die Annäherung der beiden bestehenden Internationalen außer Acht zu lassen scheint, nicht immer einverstanden sein kann, und deshalb dem nächsten Parteitag die Frage des Austritts aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vorlegen wird.“<sup>43</sup>

Folgerichtig heißt es dann auch im Resolutionsentwurf für den Parteitag, daß die „Mitgliedschaft in der Londoner Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ aufgehoben wird, „die trotz großer Enttäuschungen unter den Leuten weiter die täuschende Hoffnung von der Nutzung der bürgerlichen Demokratie für die Erreichung des endgültigen Ziels des Proletariats verbreitet“.<sup>44</sup>

Es ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, daß von der Exekutive der SAI die Entwicklung so dargestellt wurde, daß die „Sozialistische Vereinigung“ nach mehrmaliger Nichtbeantwortung von Anfragen über ihre gegenwärtige Stellung“ aus den Reihen der angeschlossenen Parteien“ gestrichen wurde, der Austritt also nicht von der „Sozialistischen Vereinigung“ selbst vollzogen wurde, sondern durch die SAI erfolgte.<sup>45</sup>

Insgesamt bestätigt auch die Entwicklung der „Sozialistischen Vereinigung“ in der Tschechoslowakei die allgemeinen Tendenzen des Zentrismus in der Arbeiterbewegung.

Die Idee der Vereinigung aller Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung, d. h. der reformistischen und revisionistischen mit der revolutionären, kommunistischen und dies unter der Schirmherrschaft des Zentrismus war notwendigerweise zum Scheitern verurteilt, da eine echte Einheit nur auf der Basis des Marxismus-Leninismus möglich war und ist. Vor die Entscheidung gestellt, welchen Weg man weiter geht, zerbrach die „Sozialistische Vereinigung“ folgerichtig. Während die eine Gruppe zurück zur rechten Sozialdemokratie ging, fand die andere den Weg zur KPČ und damit zum Marxismus-Leninismus.

#### SOCIALISTICKÉ SJEDNOCENÍ A SOCIALISTICKÁ INTERNACIONÁLA

Staf si klade za úkol pojednat o stycích mezi tzv. Socialistickým sjednocením a Socialistickou dělnickou internacionálou (SDI) v letech 1923—1925.

Socialistické sjednocení vzniklo v roce 1923 jako parlamentní spolek tzv. Nezávis-

<sup>42</sup> Siehe *Rozhledy. Politické. Likvidace frakce Vrbenského*. In Akademie r. 29, č. 6, S. 169—198.

<sup>43</sup> Brief an Sekretariat SAI vom 11. 7. 1925. In *Činnost sekretariátu, Archiv ÚML*, 51/31, Blatt 103.

<sup>44</sup> Návrh resoluce pro sjezd, ebenda Blatt 2—3.

<sup>45</sup> *Zweiter Kongreß. A. a. O., Tätigkeitsbericht des Sekretariats der SAI, II. Organisatorische Aufbauarbeit, I. Die Parteien*, S. 74.

lých sociálních demokratů (čili skupiny Brodeckého) a skupiny Vrbenského, která se právě rozešla se stranou českých socialistů.

Úvodem podal autor krátký nástin předchozího vývoje Nezávislých sociálních demokratů, kteří vyšli z marxistické levice jako její centristické křídlo, a skupiny Vrbenského, která vznikla z předválečného anarchokomunistického hnutí.

Spojení těchto dvou skupin v rámci Socialistického sjednocení nikdy nepřekročilo rámec pouhé administrativní spolupráce. K vytvoření společného stranického organismu již nedošlo.

Kulminačním bodem vzájemné sblížení a spolupráce obou skupin byla jejich společná účast na zakládajícím kongresu SDI v květnu 1923 v Hamburku. Socialistické sjednocení vidělo v ustavení SDI krok na cestě v překonání rozkolu v mezinárodním socialistickém hnutí a samo si kladlo za úkol napomoci k překonání rozporů mezi národními sociálně demokratickými stranami na území ČSR.

Nezávislí sociální demokraté se v průběhu roku 1924 opět sblížili s pravicovou sociální demokracií a v říjnu téhož roku se s ní sjednotili. Tak ostatně skončil centristismus i v mezinárodním měřítku. Bývalá anarchokomunistická skupina Vrbenského se naopak sblížovala s KSČ a nakonec se v září 1925 rozhodla s ní spojit.